

Foto: © Cordula Kropke



Gewerkschaftsaktionen beim alternativen G8-Gipfel

Gerechtigkeit war in Rostock ein Puppenspiel

„Ein anständiger Job ist unbefristet, entspricht vernünftigen Sicherheitsstandards und bringt einen Lohn ein, von dem man leben kann“, erklärte Dale Forbes dem Publikum der DGB-Jugend in Rostock. Der südafrikanische Gewerkschafter trat beim G8-Alternativgipfel in einer Arbeitsgruppe zur Kampagne „Decent work for a decent life“ auf. Mit ihr hat sich die Jugend einer internationalen Gewerkschaftskampagne für menschenwürdige Arbeit angeschlossen.

Forbes kämpft in seiner Heimat für gute Jobs im öffentlichen Dienst: „Für Kolleginnen, die in Johannesburg die Straßen

fegen, bedeutet das zum Beispiel, dass Sicherheitsleute mitgehen müssen, sonst ist es zu gefährlich für sie.“

Emelia Ghansah von der Landarbeitergewerkschaft in Ghana kümmert sich längst nicht mehr nur um Lohnarbeiter. Wo Menschen in Massen aus Markt und Beschäftigung gedrängt werden, geht es um die Förderung selbständiger Existenzen. Ein Stand auf einem überdachten Marktplatz kann so ein Schritt zum besseren Leben sein für jemanden, der vorher einfach auf der Straße verkauft hat. In Ghana, erläuterte sie, bedeute die Kampagne für „decent work“ Armutsbekämpfung.



Inhalt

Titel

- | Gerechtigkeit war in Rostock ein Puppenspiel S.1, 2
- | Global sozial S.2

Kommentiert

- | Kleine Erfolge S.2

Vorgestellt

- | Emelia Ghansah S.3
- | Andreas Köppe S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Teure Solidarität S.4
- | Aufgehängt an Nadel und Faden S.5
- | Schneiden bis ins eigene Fleisch S.6
- | Schutz gegen Streiks; Unternehmer zur Verantwortung ziehen S.7

Notiert

- | Mehr Masterstudien; Lehrer für alle; Nord Süd Netz neu S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8



Kommentiert

Das Anliegen, faire Arbeitsbedingungen global durchzusetzen, teilten die Gewerkschaften mit vielen anderen Organisationen beim Gegengipfel der Alternativen. Die Kampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ ließ dafür ihre Großpuppen tanzen: Neben einem leicht lädierten Riesenhuhn, das gegen das Dumping von Geflügel auf Afrikas Märkten protestierte, klagte eine überlebensgroße Plantagenarbeiterin aus Tansania mit Blumenstrauß über unmenschliche Arbeitsbedingungen in der Blumenproduktion für den europäischen Markt.

In der Puppeninszenierung haben die Entrechteten gesiegt, dank dem Engagement der Zivilgesellschaft weltweit. In der Wirklichkeit hat letztere in Rostock hart um Strategien gerungen. Wie man Kampagnen gegen multinationale Konzerne führt, mit Standortkonkurrenz umgeht und Informationen sinnvoll teilt, diskutierten allein 50 internationale Gewerkschafter einen ganzen Nachmittag lang. Durchaus kontrovers – zum Beispiel über die Konzentration mancher Branchen auf Betriebsratsarbeit. Fazit eines Kollegen aus Kolumbien: Gewerkschaftspolitik muss über den Tellerrand der Fabriken hinausreichen.

Im informellen Sektor zu organisieren aber ist schwer – das hatte Anneliese Buntenbach schon zum Auftakt des Gegengipfels festgestellt.



Foto: © Cordula Kropke

Anneliese Buntenbach

Die Vertreterin des DGB-Bundesvorstands steckte auf dem Podium die Gewerkschaftskritik der G8-Gegner ein. „Interessensunterschiede dürfen wir nicht unter den Teppich kehren“, gab sie zu. Doch was zählt, sind gemeinsame Ziele: „Die Kampagne für menschenwürdige Arbeit können wir zusammen organisieren“, rief sie den etwa 2000 versammelten Kongressteilnehmern in Rostock zu.

Sigrid Thomsen

 Link zum internationalen Gewerkschafteraufruf: www.g8-gewerkschafteraufruf.de

Kleine Erfolge

Eine gewerkschaftliche Bilanz des G8-Gipfels


Die Fakten sind eindeutig. Sie belegen, dass trotz globalem Wachstum von Handel und Direktinvestitionen viele Arbeitnehmer und Bürger weit davon entfernt sind, von der Globalisierung zu profitieren. Ein Blick auf die Einkommensverteilung zeigt, dass der Anteil der Profite am Bruttoinlandsprodukt weltweit auf einen historischen Höchststand geklettert ist. Dessen Kehrseite sind stagnierende, immer öfter niedrigere Einkommen der Arbeitnehmer und der Verlust von Arbeitsplätzen.


Vor diesem Hintergrund darf es als kleiner Erfolg gelten, dass die Staats- und Regierungschefs der G8 erstmals die Notwendigkeit anerkennen, wirtschaftliche Globalisierung mit sozialem Fortschritt zu verknüpfen, und zwar auf der Grundlage von sozialen Mindeststandards. Sie erklären ausdrücklich ihre Unterstützung für die Verwirklichung des Konzeptes der menschenwürdigen Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Es ist nicht Altruismus, sondern die Sicherung der politischen Akzeptanz der Globalisierung, die sie dazu veranlasst hat. Doch die G8 will mit gutem Beispiel vorangehen: Sie will bilaterale Handelsabkommen und multilaterale Gremien nutzen, um menschenwürdige Arbeit und die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu fördern. Die Mitglieder der Welthandelsorganisation wie anderer internationaler Organisationen forderte sie auf, „in enger Zusammenarbeit mit der IAO“ die Einhaltung von Kernarbeitsnormen zu fördern.

Zum Missfallen mancher Investoren und Unternehmen verpflichtet sich die G8, auch „international vereinbarte Standards im Bereich der sozialen Verantwortung von Unternehmen ... aktiv zu fördern“. Private Unternehmen und Wirtschaftsverbände ruft sie auf, die Prinzipien der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu beachten. Schwellen- und die Entwicklungsländer werden darin bestärkt, sich die darin enthaltenen Werte und Standards zu Eigen zu machen. Damit haben die Staats- und Regierungschefs wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen Rechnung

getragen. Jetzt ist der Ball im Feld der Gewerkschaften.

John Evans; Übersetzung: Roland Schneider

 Der Autor ist Generalsekretär von TUAC, dem Beratenden Gewerkschaftsausschuss bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris

 Link zur Evaluierung des G8-Gipfels durch TUAC: www.tuac.org/statemen/communiq/communiq/HeiligendammG8_2007E.pdf




John Evans

Foto: © OECD

Global sozial

Beim offiziellen Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm waren die Gewerkschaften nicht dabei. Ein paar Wochen zuvor aber trafen sich Gewerkschaftsführer aus den G8-Ländern mit den Arbeitsministern in Dresden und brachten ihnen ihre Vorstellungen zur Verbesserung der Beschäftigung in den Industrieländern, zum sozialen Schutz sowie zur Verantwortung von Unternehmen in Entwicklungsländern nahe. Sie stießen auf offene Ohren: Die Arbeitsminister setzten sich dafür ein, dass die Einhaltung von Kernarbeitsnormen auch in Handelsabkommen berücksichtigt wird. Sie hatten Erfolg: Neben einem Plädoyer für Investitionsfreiheit im Interesse der Industrie fand auch ein Bekenntnis zu sozialen Mindeststandards Platz in der Abschlussklärung des G8-Gipfels.

 Link zum Forderungskatalog der Gewerkschaften: www.einblick.dgb.de/hintergrund/2007/index_html



Vorgestellt

Emelia Ghansah

„Die andere Seite der Welt gesehen“

In ihrem dunklen Anzug mit Nadelstreifen sieht sie nicht aus wie eine Gewerkschafterin, die mit der DGB-Jugend gerade zum G8-Alternativgipfel aufbrechen will. Tatsächlich gehörte Emelia Ghansah zum Management einer Bekleidungskette aus Südafrika, ehe sie sich der Gewerkschaftsbewegung in Ghana anschloss. „Ich habe dort selbst gekündigt“, sagt die 36jährige. „Es gefiel mir nicht, wie die Beschäftigten behandelt wurden. Für etwa 50 Euro im Monat standen sie zwölf Stunden täglich im Laden und hatten immer nur Arbeitsverträge für sechs Monate. Darüber habe ich mit meinem Vorgesetzten gestritten.“

In ihrem nächsten Job interviewte die gelernte Lehrerin Farmerarbeiter. Es ging um ein Forschungsprojekt über Lieferketten in der Palmölproduktion. Sie war oft wochen-

lang im Land unterwegs, als ihre Kinder noch klein waren. „Da habe ich die andere Seite der Welt gesehen“, bekennt Emelia Ghansah. „Arme Leute in Ghana habe ich vorher gar nicht gekannt. Hier habe ich verstanden, was die Gewerkschaften eigentlich tun.“

2003 trat Emelia der Landarbeitergewerkschaft GAWU bei und übernahm die Bildungsarbeit. Ihr erster Beruf hilft ihr, so schwierige Themen wie die ökonomischen Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union mit afrikanischen Ländern anzupacken. „Wir müssen unserer Regierung klar sagen, was für Abkommen wir wollen“, findet Emelia, „schließlich wählen wir sie“. Für die Baumwollfarmer, die wegen der subventionierten Baumwolle aus den USA in Existenznot geraten sind,



Foto: © Cordula Kropfke

Emelia Ghansah

hat sie ein „Daumenkino“ über den internationalen Zusammenhang gemacht.

Zurzeit lernt sie im Masterstudiengang der Global Labour University in Kassel und Berlin selbst etwas über Gewerkschaften und Globalisierung. Es macht ihr Spaß. Doch sie freut sich darauf, in ein paar Monaten wieder bei ihren Kindern zu sein. Und auf die kleinen Auseinandersetzungen mit ihrem Mann, der als Firmeningenieur auf der „einen“ Seite der Welt geblieben ist.

Sigrid Thomsen

Andreas Köppe

„Wir sind Teil der Alternativen“

Andreas Köppe spricht schnell. Er will seine Geschichte in der Pause loswerden, bevor er sich aufs nächste Podium beim alternativen G8-Gipfel in Rostock setzt. Sein Fahrtwind beim Reden entsteht auch aus Begeisterung für die Gewerkschaftsarbeit. Hauptberuflich Student der Sozialwissenschaften in Göttingen, vertritt der 28jährige die DGB-Jugend beim Europäischen Gewerkschaftsbund und engagiert sich bei der IG Metall als Jugendbildungsreferent.

Der Student kommt viel rum. Er leitet Seminare („aber nicht als Lehrer“), begleitet ein Projekt in Russland und redet in Brüssel über das deutsche Berufsbildungssystem. Sein Lieblingsprojekt heißt „Europa Step by Step“; es führt junge Gewerkschafter nach Brüssel und London. In Rostock will Andreas Kontakte knüpfen

und Präsenz zeigen: „Wir Gewerkschafter sind Teil der Alternativen, nicht des Problems“. Und das Studium? „Das findet zur Hälfte in der Bahn statt“.

Andreas Köppe kommt aus Eichsfeld in Thüringen. „Plattenbau“ sagt er, „schwarze Familie“: „Bei uns gab es nur ein Märchenbuch und ein katholisches Gesangbuch“. Zur Gewerkschaft kam er als Auszubildendenvertreter bei einer kanadischen Aluminiumfirma. Sein Jugendsekretär hat ihn damals für die Bildungsarbeit begeistert, für gemeinsames Lernen, für internationales Engagement. „Wir brauchen auch bei den Gewerkschaften Leute, für die es selbstverständlich ist, in anderen Sprachen zu sprechen und sich auf internationaler Bühne zu bewegen, die keine Angst davor haben“, sagt er mit



Foto: © Cordula Kropfke

Andreas Köppe

blitzenden Augen. Andreas kann etwas Spanisch, Englisch und Russisch, hat einige Wochen in Nicaragua gelebt. Er hat ganz bestimmt keine Angst vor Fremden.

Und seine Freunde? Gegen deren Skepsis gegenüber Gewerkschaften habe er sich früher verteidigt, erinnert sich Andreas, jetzt höre er länger zu und habe auch schon Mitglieder geworben. Seine Freundin sei selbst Betriebsrätin, doch für die internationalen Aktivitäten habe sie nur „begrenzt Verständnis“. Kein Wunder: „Ich war im letzten Jahr gut 25 Wochen unterwegs“.

Sigrid Thomsen



Teure Solidarität

Ein Bierboykott gegen „Windhoek Lager“ wäre ein echter Verzicht für Verbraucher in Namibia. Es könnte aber dazu kommen, wenn sich die Brauerei nicht endlich zu einer angemessenen Entschädigung für längst entlassene Brauereiarbeiter durchringt.

17 Jahre nach der Unabhängigkeit wird Namibia's Brauerei von der eigenen Kolonialgeschichte eingeholt. Die Firma wird von einer Gruppe ehemaliger Arbeiter beschuldigt, sie 1989 unfair behandelt und entlassen zu haben. Zuletzt kampierten die Ex-Brauereiarbeiter vor den Firmenbüros in Windhoek, um Entschädigung für das Unrecht und die Jahre der Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Erst im Jahr 2007 begann die Brauerei ernsthaft zu verhandeln.

Im Hintergrund dieses Konflikts stand die politische Aufbruchstimmung im Jahr vor der Unabhängigkeit 1989. Die Arbeiter waren damals unzufrieden mit niedrigen Lohnerhöhungen und schickten, inspiriert vom Erfolg der Befreiungsbewegung, einen Brief an die Geschäftsleitung. Einem der führenden gewerkschaftlichen Vertrauensleute wurde kurz danach ein Disziplinarverfahren angehängt, und er wurde ent-

lassen. Seine Kollegen sahen darin einen Angriff auf ihre Rechte; mehr als 300 legten in Solidarität die Arbeit nieder. Die Betriebsleitung drohte mit Entlassung, falls sie nicht am nächsten Tag zur Arbeit zurückkehrten. Getreu dem Gewerkschaftsmotto „ein Unrecht an einem ist ein Unrecht an allen“ wollten die Kollegen aber nur dann zurückkehren, wenn auch ihr unrechtmäßig entlassener Vertrauensmann wieder eingestellt würde. Es kostete viele den Job.

Am 5. September 1989 versammelten sich etwa 50 Arbeiter vor der Fabrik, um ihren letzten Lohn abzuholen. Einer der Lastwagenfahrer, Alex Kondombolo, erinnert sich: „Ich kam an diesem Tag von einer langen Fahrt nach Südafrika zurück. Ich parkte meinen Laster auf dem Betriebsgelände und fragte meine Kollegen, warum sie draußen vor dem Tor standen. Während ich mit ihnen sprach, schloss der Betrieb die Tore, und plötzlich tauchte die Polizei auf. Sie forderte uns auf, das Gelände zu verlassen und fing dann plötzlich an, uns mit Tränengas zu beschießen und mit Knüppeln zu verprügeln. Einige wurden verhaftet und in Polizeizellen geworfen. Ich trage heute noch die Narben der Verletzungen von diesem Tag“. Das gewaltsame Vorgehen der Polizei in


Kooperation mit der Brauerei löste einen landesweiten Protest aus. Die kleinen Bars in den schwarzen Wohngebieten schlossen sich einem Solidaritätsboykott mit den entlassenen Arbeitern an. Kaum jemand kaufte mehr das sonst beliebte „Windhoek Lager“ Bier. Nach wenigen Wochen spürte der Betrieb den steilen Umsatzabsturz. Anstatt mit Gewerkschaft und Barbetreibern zu verhandeln, brachte die 1920 von deutschen Einwanderern gegründete Brauerei den Fall jedoch vor Gericht. Sie verklagte die Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter und erreichte eine Aussetzung des Bierboykotts. Noch galten die alten Gesetze. Viele weiße Geschäftsleute fürchteten damals den Verlust ihrer Privilegien aus kolonialer Zeit.

Selbst ein Treffen zwischen dem Präsidenten der Befreiungsbewegung Sam Nujoma und dem Inhaber der Brauerei Werner List half nicht weiter. Zwar versprach List die Wiedereinstellung der Arbeiter und Nujoma die Berücksichtigung von Arbeitgeberinteressen durch die neue Regierung, die 1990 ihr Amt antrat. Doch Werner List hielt sein Wort nicht. Er schenkte dem neuen Staatspräsidenten und seiner Regierung sechs Farmen. Für die entlassenen Arbeiter tat er nichts. Nur wenige fanden eine neue Stelle. Ohne Einkommen und ohne Arbeitslosenversicherung rutschten die meisten immer tiefer in die Armut.

Erneute Hilferufe an die alte Gewerkschaft und die nun regierende Partei SWAPO fruchteten nicht. Ende 2006 begannen die Entlassenen vor den Betriebsbüros zu kampieren. Sie wollen eine Entschädigung von 21 000 Euro für jeden durchsetzen. Für eine neue Beschäftigung sind die meisten inzwischen zu alt.

Ihre Belagerung hatte Erfolg: 2007 wurde eine unabhängige Untersuchungskommission berufen, die die Rechtmäßigkeit der Entschädigungsforderung prüfte. Sie legte ihren Bericht im März vor. Jetzt endlich hat die Firma angefangen, mit den Arbeitern zu reden.

Herbert Jauch

 Der Autor leitete das Labour Resource and Research Institute in Windhoek, Namibia, von 1998 bis 2007.


 Weitere Informationen über Arbeitsbeziehungen in Namibia: www.larri.com.na



Foto: © Herbert Jauch

Ausgesperrt: Alex Kondombolo (2. v. l.) und Kollegen haben die Brauerei in Windhoek belagert.



Aufgehängt an Nadel und Faden



Fotos: © Jörg Böthling/Agenda

Indiens wirtschaftlicher Boom hängt an der Produktion für den globalen Markt. In der Bekleidungsindustrie geht man dabei schon mal über Leichen, um das Tempo zu halten.

Die 27 Jahre alte Textilarbeiterin Ratnamma musste ihr Baby auf den Straßen von Bangalore zur Welt bringen. Ihr Arbeitgeber hatte darauf bestanden, dass sie erstmal einen Urlaubsantrag ausfüllt, obwohl sie schon heftige Wehen hatte. Keine Kollegin durfte sie zum Krankenhaus begleiten, denn das hätte die Produktion beeinträchtigt. Ratnamma gebar das Kind gleich vor der Fabrik. Es hat nicht überlebt.

Eine andere Textilarbeiterin, die 20jährige Gayathri, wurde vor ihrem Werk von einem Firmenbus überfahren. Zwei weitere wurden verletzt. Die meisten Kollegen waren schockiert von dem Unfall, doch was sie wirklich aufbrachte, war die Aufforderung der Vorgesetzten, sich zu beilen, damit die Produktion nicht leide.

Die indische Textilindustrie ist nach der Landwirtschaft die zweitgrößte Arbeit-

geberin im Land. Nach Statistiken des Verbands indischer Industrie- und Handelskammern beschäftigt sie 35 Millionen Menschen. Sie trägt 17 Prozent zu den Exporten des Landes bei. Die geschätzte Wachstumsrate beträgt 16 Prozent im Jahr.

In Bangalore, besser bekannt als Zentrum der Informationstechnologie, stehen mehr als tausend Fabriken für Konfektionskleidung. Sie geben fast einer halben Million Menschen Arbeit. Nach Angaben der Textilarbeitergewerkschaft GATWU sind 85 Prozent der Beschäftigten Frauen vom Land, auch aus entfernten Gegenden und anderen Bundesstaaten.

Das Arbeitsministerium hat einen Mindestlohn von 88,75 Rupien (etwa 1,75 Euro) festgelegt, aber in vielen Fällen wird der nicht gezahlt. Nach dem Gesetz darf die Mindestarbeitszeit auch nicht länger als acht Stunden sein. Doch die Textilarbeiterinnen arbeiten bis zu zwölf Stunden ohne Überstundenbezahlung.



Ausgebeutet: Textilarbeiterinnen in Indien

„Alle Arbeitsgesetze werden ganz offen missachtet“, sagt der Vizepräsident der Textilarbeitergewerkschaft, K. R. Jayaram. „Außer der niedrigen Entlohnung und der langen und anstrengenden Arbeitszeit sind Frauen auch noch sexueller Belästigung


ausgesetzt. Die Männer werden geschlagen, um das Produktionstempo aufrechtzuerhalten.“


Als GATWU den Fall von Ratnamma aufnahm, klingelte bei der Firma die Alarmglocke. Der internationale Konzern GAP in San Francisco, für den die Firma Kleidung herstellte, würde für solche Gesetzesbrüche kein Verständnis aufbringen. Schließlich entschloss sich Shalini Creations, Ratnamma mit 150 000 Rupien (etwa 3000 Euro) zu entschädigen.

Am 13. Februar wurde die Leiche der Textilarbeiterin Ammu auf dem Fabrikgelände einer Firma der Gakhaldas Exportgruppe entdeckt. Ammu war 25 Jahre alt. Ihre Kolleginnen sagten aus, Ammu sei öffentlich von ihren Vorgesetzten gedemütigt worden. Das könne zu ihrem Selbstmord geführt haben. Eine Untersuchungskommission stellte fest, dass die Aussagen von Ammus Familie nicht mit denen der Polizei übereinstimmten. Auch hier wurde eine Entschädigung von 100 000 Rupien (etwa 2000 Euro) an die Familie gezahlt und die Verantwortung von der Firma zurückgewiesen.

Das Fehlen von organisierter Aktion ist für das Wohl der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie ein Hemmschuh. Jeder Versuch zur Gründung einer Gewerkschaft trifft auf hartnäckigen Widerstand von Unternehmerseite und endet mit Entlassung. „Die Firmen denken, wir seien dazu da, unmäßige Löhne zu fordern“, sagt Jayaram, „und die schlecht informierten Beschäftigten lässt man glauben, Gewerkschaften bedeuteten Jobverlust.“ Da sich die Gewerkschaft ihrer Sache annimmt, werden sich die Frauen in der Textilindustrie jedoch langsam ihrer Möglichkeiten bewusst. Erste Priorität, findet die Textilarbeitergewerkschaft, ist die Herstellung einer sicheren und friedlichen Umgebung für die Arbeiterinnen, nicht die Forderung von Lohnerhöhungen. Das sehen die Kolleginnen ebenso.

Padmalatha Ravi

 Die Autorin ist freie Journalistin in Kochi, Indien. Ihr Beitrag, gekürzt und übersetzt von Sigrid Thomsen, erschien am 1.5.2007 im Online-Dienst „India together“, dem für die Nachdruckgenehmigung gedankt wird.

 Der volle Text und weitere Informationen über Arbeit und Soziales in Indien: www.indiatogether.org/economy/labour/htm



Schneiden bis ins eigene Fleisch

Europa setzt auf Biokraftstoffe als Alternative zum Öl. Unter Zuckerbaronen und Investoren in Brasilien hat der Ethanolboom Goldgräberstimmung ausgelöst. Arbeiter jedoch zahlen für die neue Energie zuweilen mit ihrem Leben.



Foto: © Gerhard Dilger

Eine Mechanisierung der Ernte kann Zuckerrohrarbeiter entlasten.

Auf sanften Hügeln wogen sattgrüne Zuckerrohrfelder, so weit das Auge reicht. Dunkelrot leuchtet immer wieder die fruchtbare Erde hervor, bräunlich liegen die abgeernteten Felder da. Das tropisch warme Landesinnere des Bundesstaates São Paulo ist die Zuckerhochburg Brasiliens, 60 Prozent aller Anbauflächen liegen hier.

Schon jetzt ist Zuckerrohr nach Soja das zweitwichtigste Agrarprodukt des südamerikanischen Riesenlandes und ein bedeutsamer Devisenbringer. Ein Drittel der weltweiten Ethanolproduktion stammt aus brasilianischem Zuckerrohr. Dass der Klimawandel auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht, ist Wasser auf die Mühlen des Agrobusiness: In sieben Jahren sollen in Brasilien 35 Milliarden Liter Biosprit jährlich produziert werden, doppelt so viel wie heute. Jeden Monat entsteht eine neue Ethanolfabrik. Doch zu welchem Preis?

Guariba, eine Kleinstadt fünf Autostunden nordwestlich von São Paulo: Um fünf Uhr

morgens, es ist noch dunkel, steigt der schwächliche Zuckerrohrarbeiter Francisco Cardoso in den Bus, der ihn nach einer langen Fahrt zu einem der umliegenden Felder bringt. Bis drei Uhr dauert die Akkordarbeit. Der 31-Jährige, der seit sechs Jahren in Guariba arbeitet, klagt über Rückenschmerzen. „Ich habe einmal miterlebt, wie mein Schwager erschöpft zusammengebrochen ist“, berichtet er. „Er wäre fast umgekommen.“

300.000 Männer und Frauen schufteten auf den Feldern São Paulos; über zwei Drittel von ihnen sind Wanderarbeiter aus dem brasilianischen Nordosten, wo die Armut besonders groß ist. Acht Monate pro Jahr schneidet Francisco Zuckerrohr und verdient damit monatlich umgerechnet 250, manchmal auch 300 Euro – je nach geernteter Menge.

„Heute ernten die Zuckerrohrschneider im Schnitt zwölf Tonnen Zuckerrohr am Tag, doppelt so viel wie vor 20 Jahren,“ sagt der Ökonom Francisco Alves. „Bei der Arbeit


unter brennender Sonne führen sie um die zehntausend Machetenhiebe aus und verlieren bis zu acht Liter Wasser am Tag.“ Seit 2004 sind in São Paulo offiziell 19 Zuckerrohrschneider an Herzinfarkt gestorben. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Kein Gericht stellt fest, was für Alves auf der Hand liegt: dass diese Todesfälle mit „systematischer Überanstrengung“ zusammenhängen. Wer überlebt, ist nach zwölf Jahren ausgebrannt, so eine neue Studie.

Es gibt auch Fortschritte: Die Kinderarbeit ist mittlerweile abgeschafft, die meisten Arbeiter bekommen bescheidene Sozialleistungen. Zwei Prozent ihres Lohns fließt automatisch an die örtliche Gewerkschaft. Doch die hat sich in den bestehenden Machtverhältnissen gut eingerichtet. „Feste Gehälter kann man nicht über Nacht einführen“, meint Gewerkschaftssprecher Wilson Rodrigues, „unsere Leute befürchten, dass sie dann weniger verdienen“.

Francisco Alves will das Akkordsystem abschaffen. Oder noch radikaler: „Die allerbeste Lösung wäre eine vollständige Mechanisierung der Ernte und dazu eine Landreform, damit menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden.“

Gerhard Dilger

 Der Autor ist freier Journalist in Porto Alegre, Brasilien

 Weitere Informationen: www.americas.irc-online.org/pdf/papers/0703ethanol.pdf

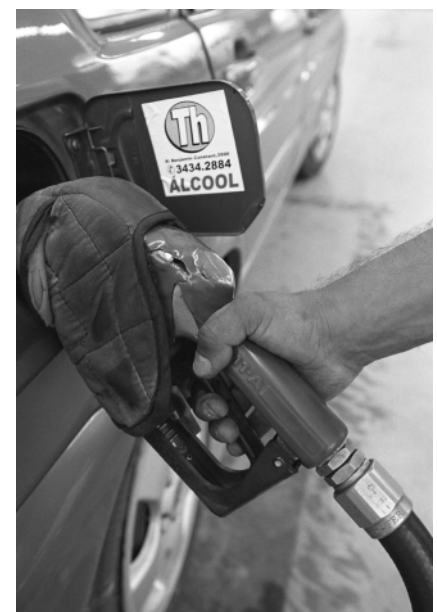


Foto: © Jörg Böhling/Agencia

Brasilien Exportschlager: Biosprit

Schutz gegen Streiks

Etwa 80 Prozent der Tarifverträge in Mexiko werden als „Schutzverträge“ abgeschlossen. Sie diskriminieren die Arbeitenden und blamieren Gewerkschaften wie Unternehmen. Eine internationale Kampagne sagt ihnen jetzt den Kampf an.

Jeder weiß von ihrer Existenz, doch die wenigsten wagen, darüber zu sprechen: So genannte Schutzverträge (contrato de protección) sind Scheintarifverträge, die hinter verschlossenen Türen zwischen einem Unternehmen und einem Pseudoführer der Gewerkschaftsbewegung, oftmals Anwälten des Arbeitsrechtes, ausgehandelt werden und ausschließlich Arbeitgeberinteressen dienen. Den Arbeitgebern wird vertraglich zugesichert, weder von Streiks noch von Forderungen nach Gehaltserhöhung belästigt zu werden. Den Arbeitnehmern werden ihre Rechte weitgehend abgesprochen; oft wissen sie nicht einmal, dass sie einen Tarifvertrag haben.




Schutzverträge zeigen deutlich, wie wenig Freiheit und Demokratie es bei den Gewerkschaften in Mexiko gibt und wie schlecht es um das soziale Verantwortungsbewusstsein beteiligter Unternehmen bestellt ist. Sie können als offene Ablehnung gegenüber dem Gewerkschaftswesen an sich interpretiert werden. Sie sind ein Hindernis auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung des Landes und seiner Institutionen.

Eine Kampagne internationaler Gewerkschaftsverbände soll nun die Schutzverträge

und ihre für Arbeitnehmer schädigende Rolle stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen. Bei einem Forum der Fridrich-Ebert-Stiftung (FES) in Mexiko-Stadt sprachen sich Ende März 2007 der regionale Verband des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ORIT, und verschiedene Regionalvertreter der Global Union Federations (GUFs) gegen die Praktiken der Schutzverträge aus. Das Forum bildete den Auftakt einer internationalen Kampagne der ORIT, GUFs und verschiedener mexikanischer Dachverbände (u. a. UNT und CROC) sowie einiger mexikanischer Nichtregierungsorganisationen. Die Kampagne, von der FES in Mexiko koordiniert, will das Thema durch Studien, Seminare und öffentliche Foren mit Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften diskutieren und schließlich die Abschaffung der Schutzverträge erreichen.

Svenja Blanke

 Die Autorin ist Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko.

Unternehmer zur Verantwortung ziehen

Dass Arbeitgeber und Gewerkschaften miteinander reden, gehört zum europäischen Sozialmodell, findet der Europäische Metallarbeiterbund (EMB). Die Stärkung des sozialen Dialogs in Südosteuropa ist Ziel eines gemeinsamen Projektes mit dem DGB Bildungswerk.

Im Rahmen des zunächst einjährigen Projekts wurden zwei Studien erstellt und Seminare in fünf beteiligten Ländern organisiert. Die Ergebnisse wurden in Istanbul im April bei einer gemeinsamen Abschlusskonferenz des Projekts unter dem Titel „Stärkung des sozialen Dialogs in der Region Südosteuropa durch die Anwendung von CSR-Instrumenten“ vorgestellt; CSR ist die englische Abkürzung für sozialverantwortliche Unternehmensführung. Die Teilnehmenden kamen aus Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und der Türkei.

Dass es in den südosteuropäischen Ländern um den sozialen Dialog noch schlecht bestellt ist, liegt nach Meinung von EMB-Generalsekretär Peter Scherrer vor allem an den Arbeitgebern: ihnen fehlten die nötigen organisatorischen Strukturen. Auch Gewerkschaften seien allerdings oft nicht durchsetzungsfähig, weil der Organisa-

tionsgrad zu gering sei. Außerdem müssten überall die gesetzlichen Grundlagen überarbeitet werden, sagte er bei einer Podiumsdiskussion in Istanbul.

Gewerkschaftsfreiheit und Arbeitnehmerbeteiligung auf betrieblicher Ebene seien entscheidende Voraussetzungen für den sozialen Dialog. Bei der Gestaltung könne die Umsetzung der EU-Richtlinie über Konsultations- und Informationsrechte der Arbeitnehmer von 2002 eine entscheidende Rolle spielen: Diese Schlussfolgerungen zog Manfred Wannöffel von der gemeinsamen Arbeitsstelle der Ruhruniversität Bochum und der IG Metall, die im Rahmen des Projekts die industriellen Beziehungen in den beteiligten Ländern sowie die Entwicklung der Metallindustrie untersucht hat. Die entsprechenden Studien waren zu dem Ergebnis gekommen, dass es überall eine rechtliche Grundlage für den Sozialen Dialog gebe und dass die dominante Ebene für Tarifverhandlungen in dieser Region die betriebliche Ebene sei.


Insgesamt liegen Wirtschaftskraft und Erwerbsquote weit unter dem Durchschnitt der EU, sagte Wannöffel. Während Kroatien das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufweise, habe Rumänien den vergleichsweise höchsten industriellen Anteil

innerhalb der Ländergruppe. Die Türkei und Rumänien verzeichneten in absoluten Zahlen die höchsten Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen; in Rumänien vor allem in der Metallindustrie.



Foto: © Manfred Kubik

Mit der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen in Südosteuropa könne auch die Rolle der Arbeitnehmervertreter bei der Kontrolle über die Einhaltung von Kernarbeitsnormen gestärkt werden, schloss Manfred Wannöffel. Auch Peter Scherrer setzt seine Hoffnung auf die gewerkschaftliche Zusammenarbeit in multinationalen Unternehmen. „Die Gewerkschaften sind zum gemeinsamen Handeln bereit“, heißt es in seinem Vorwort zum Bericht über die Abschlusskonferenz in Istanbul. „Es ist an den Unternehmen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Schaffung von menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen gerecht zu werden.“

 Nach: Bericht über die Abschlusskonferenz des EMB-DGB Bildungswerk Gemeinschaftsprojektes „Stärkung des sozialen Dialogs in der Region Südosteuropa durch Anwendung von CSR-Instrumenten“, Istanbul 23.–25. April 2007



Mehr Masterstudien

In Kassel und Berlin beginnt im September der vierte Masterstudiengang „Arbeitnehmerpolitik und Globalisierung“. Aus 80 Bewerbungen wurden 22 Kandidaten aus 19 Ländern ausgewählt. Vorausgesetzt werden Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Arbeit sowie ein Abschluss in politischen Wissenschaften, Soziologie, Wirtschaft oder Jura. Zu dem einjährigen Programm gehören Praktika bei Gewerkschaften und der internationalen Arbeitsorganisation.

Zum ersten Mal hat die Universität in Kassel auch die Absolventen ehemaliger Kurse zur Sommerschule vom 20.–21. September eingeladen.


Vergleichbare Studiengänge gibt es an der Universität Witwatersrand in Südafrika und an der Universidade Estadual de Campinas in Brasilien. In Südafrika liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Thema „Arbeit und Entwicklung“, während sich der Kurs in Brasilien auf „Sozialökonomie und Arbeit“ konzentriert. Beide Studiengänge im Süden sind neu. Die Bewerbungsfrist endet am 1. September. Alle Kurse werden in englischer Sprache gehalten. Träger dieses Projekts ist die Global Labour University in Partnerschaft mit den beteiligten Universitäten und dem DGB Bildungswerk. Es wird unterstützt von den globalen Gewerkschaften, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Hans Böckler Stiftung und der Friedrich Ebert Stiftung. Weitere Informationen:

 www.global-labour-university.org

Lehrer für alle

In Berlin treffen sich vom 22. bis 26. Juli Lehrer und Lehrerinnen aus aller Welt zum fünften Weltkongress der Bildungs-Internationale (BI). Hauptthema der Zusammenkunft, zu der 1600 Delegierte und Gäste erwartet werden, ist die globale

Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung für alle. Zur Beschlussfassung empfohlen sind Resolutionen gegen die Privatisierung im Bildungssektor und für den Ausbau öffentlicher Bildungssysteme. 18 Millionen Lehrerinnen und Lehrer müssten weltweit ausgebildet werden, damit alle Kinder zur Grundschule gehen können, fordert die BI, die 30 Millionen Mitglieder vertritt. Der südafrikanische Präsident der globalen Lehrerorganisation Thulas Nxesi und der Generalsekretär Fred van Leeuwen aus Holland stellen sich zur Wiederwahl. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die 1990 zu den Gründungsmitgliedern der Bildungs-Internationale gehörte, schickt 18 Delegierte zum Weltkongress.

 Weitere Informationen: www.ei-ie.org/congress5/de/index.php

Nord Süd Netz neu

Wer das alte Nord Süd Info kennt, hat es bis hierher gemerkt: Es heißt jetzt nicht nur Nord Süd news, es ist auch neu. Doppelt so dick wie bisher, soll es auch doppelt so oft erscheinen, nämlich vier Mal im Jahr. Das entspricht dem erhöhten Gewicht, das das DGB Bildungswerk gewerkschaftlichen Themen rund um Globalisierung, Entwicklung und Arbeitsbedingungen weltweit zumessen will. Neu sind vor allem die Seiten mit Berichten aus anderen Ländern, für die ein eigenes Korrespondentennetz aufgebaut wird, und die Kommentare und Porträts. Damit Nord Süd news für alle Aktiven und Multiplikatoren zu einer interessanten Plattform werden kann, ist die Redaktion an Meinungen, Leserbriefen und Hinweisen interessiert:

 e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

Neu ist auch der Internet-Auftritt des Nord Süd Netzes: es gibt jetzt aktuelle Nachrichten und Kommentare, Veranstaltungen sind einfacher zu finden und die Mediathek ermöglicht das Herunterladen

und Bestellen von Publikationen. Sie wird diesen Newsletter auch online bereitstellen und Hintergrundtexte zu seinen Schwerpunktthemen enthalten. Der Bereich Projekte wurde um neue Projekte in der Türkei und Südafrika erweitert. Seine entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit präsentiert das Nord Süd Netz damit im Design des DGB Bildungswerks. Und, nicht zuletzt: auch das Spenden ist einfacher geworden. Reinschauen lohnt sich:

 www.nord-sued-netz.de



Termine

16.–21.09.2007
Vergessener Kontinent?
Afrika zwischen Zerfall und demokratischem Aufbruch | DGB Tagungszentrum Hattingen

16.–21.09.2007
Nach uns die Sintflut – Klimaschutz im 21. Jahrhundert | DGB Tagungszentrum Hattingen

21.–23.09.2007
Menschenrechtsbildung in Jugendarbeit und Schule | DGB Jugendbildungszentrum Hattingen

04.–07.10.2007
Herbstakademie Globalisierung – Der Wind weht schärfer – was können wir tun? | DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

12.–14.10.2007
Globalisierung der Solidarität | Naumburg (bei Kassel)

Anmeldung und Informationen:
www.nord-sued-netz.de

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrid Thomsen
Layout: Achim Konopatzki
Druck: WAZ-Druck

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 02 11/4 30 13 20, Fax: 02 11/4 30 15 00
e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de
Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

